



## Bürgerbewegung pro NRW

pro NRW - Postfach 30 08 65 - 51337 Leverkusen

Stadt Leverkusen  
Herr Oberbürgermeister  
Reinhard Buchhorn  
Haus-Vorster-Strasse 8  
51379 Leverkusen

Frank Maul

☎ 02171 / 39 49 639

✉ 02171 / 39 58 711

Per Email an [1@stadt.leverkusen.de](mailto:1@stadt.leverkusen.de)

20. September 2010  
[info@pro-nrw.net](mailto:info@pro-nrw.net)

### Antrag zur Umwandlung des Integrationsrates

Sehr geehrter Herr OB Buchhorn,

die Fraktion von pro NRW bittet Sie, den folgenden Antrag auf die Tagesordnung der zuständigen Gremien zu setzen.

Die Verwaltung wird aufgefordert den bisherigen Integrationsrat aufzulösen und stattdessen einen Workfare-Integrationsrat aus Vertretern der in den Rat gewählten Parteien sowie aus sachkundigen Bürgern einzurichten, und dem Rat der Stadt bis zur nächsten Ratssitzung einen entsprechenden Entwurf hierüber vorzulegen.

#### **Begründung:**

Die gegenwärtige Praxis eines Sozialstaates ohne Gegenleistung hat zu einem Kollaps der Haushalte geführt, wie man auch am inzwischen zwangsverwalteten Leverkusen sehen kann. Außerdem führt diese Praxis dazu, dass Leistungsempfänger zunehmend passiv und lebensunfähig werden.

Der Begriff der Integration erhält somit einen viel weitreichenderen Sinn als etwa durch die bisherige Arbeit des Integrationsrates. Nicht nur Zuwanderer müssen in die Mehrheitsgesellschaft integriert werden, sondern auch einheimische Hartz-IV-Empfänger, die durch die Sozialhilfe längst nicht mehr aktiver Bestandteil des Gemeinwesens sind.

Zwar kann auf kommunaler Ebene keine Änderung der Gesamtstruktur erreicht werden. Allerdings wäre es auch eine Bankrotterklärung der Kommunalpolitik, der Entwicklung nur zuzusehen.

Im Gegenteil: Wenn auf kommunaler Ebene freiwillige Konzepte getestet würden, wäre dies für Land und Bund für zukünftige gesetzliche Maßnahmen wertvoll. Der bisherige Integrationsrat hat bisher keine erkennbaren Arbeitsergebnisse aufzuweisen und greift überdies mit seinem Integrationsbegriff zu kurz.

Die Einrichtung eines Workfare-Integrationsrates würde auf städtischer Ebene

zunächst ein Bewusstsein dafür schaffen, dass eine Gesellschaft nur dann auf Dauer bestehen kann, wenn es ein Geben und Nehmen gibt.

Der neue Workfare-Integrationsrat könnte zum Beispiel einen Katalog für städtische Arbeiten, etwa zur Beseitigung von Vandalismusschäden, aufstellen, deren Verrichtung durch freiwillige Hilfskräfte nicht die lokalen Betriebe schädigen würden.

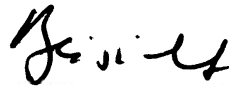
Solche Arbeiten sollten den Leistungsbeziehern von den städtischen Sachbearbeitern ans Herz gelegt werden. Vierteljährlich sollte dann in einem Bürgerforum über die Ergebnisse dieses auf Freiwilligkeit basierenden Workfare-Prinzips berichtet werden.

Eine lebendige Diskussion, die sich etwa bei einer Weigerung weiter Teile von Leistungsempfängern ergeben würde, könnte einen gesellschaftlichen positiven Druck ausüben. Dies ist allemal besser als ein gesetzlicher Zwangsarbeitsdienst im sozialistischen Sinne.

Mit freundlichen Grüßen



Sandra Kruse  
- Fraktionsgeschäftsführerin -



Markus Beisicht (MdR)  
- Vorsitzender -